

# Und jetzt – wohin?

## Eine Zwischenbilanz der afghanischen Krise

von Thomas Seibert



➔ **Thomas Seibert** ist Philosoph, Autor und politischer Aktivist. Zudem Menschenrechtsreferent und Südasienkoordinator von *medico international* und Vorstandssprecher des ISM. Er hat zahlreiche Bücher, Buchbeiträge und Artikel zu Philosophie und Politik veröffentlicht.

Foto: privat

Das Versagen der Bundesregierung vor der zwingend gebotenen Rettung von den Taliban bedrohter Afghan\*innen ist schändlich. Die Schande lässt sich nicht durch den Umstand entschuldigen, dass mit dem Zusammenbruch des afghanischen Staates binnen dreier Tage niemand rechnen konnte. Denn das Faktum der Auslieferung Afghanistans an den religiösen Faschismus stand seit über einem Jahr fest. Seit die USA ihren Rückzug beschlossen und verkündet haben. Seit ihre Verbündeten, darunter die Bundesrepublik, diesen Beschluss zum Anlass ihres eigenen Rückzugs genommen haben. Von diesem Moment an war klar, dass Zehn-, wenn nicht Hunderttausende Afghan\*innen genötigt sein würden, ihr Leben durch Flucht zu retten. Von diesem Moment an, auf diesen Moment hin hätte man Vorkehrungen treffen müssen. Man hätte Evakuierungspläne ausarbeiten und deren Umsetzung sichern müssen, bis hin zur Aufnahme hier. Man hätte dazu mit den Betroffenen reden, hätte mit ihnen zusammen handeln müssen. Man hätte das nicht als humanitäre, sondern als politische Handlung angehen und so auch mit den Taliban ausverhandeln müssen. Nichts davon ist geschehen. Gar nichts. Die Folgen konnten auf der ganzen Welt live auf TV und in den sozialen Netzwerken verfolgt werden, bis zu den blutigen Bildern des 26.08., die der Islamische Staat lieferte: fast wie bestellt.

Während in Afghanistan befindliche Staatsbürger\*innen westlicher Staaten nahezu alle außer Landes gebracht wurden, ist die Zahl der ausgeflogenen Afghan\*innen verschwindend gering, umfasst nur einen kleinen Bruchteil derer, die zu retten waren. Im deutschen Fall ist das Versagen besonders eklatant. Pressemeldungen folgend fanden sich bis zur Mitte der letzten Augustwoche unter den etwa 4.500 von der Bundeswehr Ausgeflogenen nur knapp mehr als 100 Afghan\*innen samt nächsten Verwandten, zusammen gerade mal 500 Personen. 500 von wenigstens Zehntausend.

Verantwortlich ist die Bundesregierung und hier besonders das Bundesinnenministerium. Tatsächlich hätte das erste deutsche Flugzeug mit Menschen, deren Überleben aufgrund ihrer Tätigkeit für deutsche Stellen bedroht ist, bereits im Juni starten sollen. Es wäre aus Mazar-i-Sharif gekommen, der Stadt mit dem größten Feldlager der Bundeswehr. Verhindert hat das Horst Seehofer, dessen Ministerium in der rassistisch motivierten Migrationsabwehr seinen höchsten Daseinszweck gefunden hat. Sollte deutsche Politik für ihr Handeln jemals politisch und juristisch zur Verantwortung gezogen werden, wäre mit diesem Minister und seinen willigen Helfer\*innen zu beginnen. Es wäre mit ihnen aber nicht aufzuhören. Denn weder der Bundesminister des Auswärtigen, noch die Bundesministerin der Verteidigung, noch die Bundeskanzlerin haben Seehofer und sein Ministerium in die Schranken gewiesen. Wie auch? In Deutschland ist Wahlkampf, und für die Parteien nicht nur der Regierungskoalition sind migrationsbezogene „Protestwähler\*innen“ das erste Klientel, das bedient werden muss. Für diese Wähler\*innen und für dieses Kalkül mussten jetzt schon Menschen sterben, weitere werden sterben müssen. Das ist die Schande.

## 2001/2021

Blicken wir von diesem Ende auf den Anfang zurück. Der Einmarsch westlicher Truppen in Afghanistan fand wenige Wochen nach den Anschlägen des 11. September 2001 statt. Den Grund lieferte die Unterstützung des al-Qaida-Netzwerks durch die seit 1996 herrschende erste Taliban-Regierung. Im März desselben Jahres hatten die Taliban bereits die jahrhundertealten Buddha-Statuen des Bamiyan Tales zerstört: in der ideologischen Auseinandersetzung eine kaum zu überbietende Herausforderung.

Einen Monat nach ihrem Einmarsch eroberten von Mujaheddin-Einheiten unterstützte amerikanische und britische Truppen Kabul. Im Dezember 2001 verabschiedeten die UN die Resolution 1386, auf deren Grundlage die „International Security Assistance Force“ (ISAF) geschaffen wurde, an der sich auch die Bundeswehr beteiligte. 2002 wurde eine Übergangsregierung eingesetzt, deren Premier Hamid Karzai 2004 zum ersten Präsidenten der Islamischen Republik Afghanistans gewählt wurde. 10 Jahre später wurde Karzai durch den jetzt aus dem Land geflohenen Ashraf Ghani abgelöst. Sie verbindet, dass sie in all den Jahren nur und ausschließlich auf eigene Rechnung gearbeitet haben.

Auch deshalb gelang es den mehrfach verstärkten ISAF-Truppen in all diesen Jahren nicht, die Taliban zu besiegen. Genauso wenig brachten sie die Mujaheddin-Milizen und die selbst schwer bewaffnete Drogenmafia unter ihre Kontrolle: die Grenzen zwischen den Mujaheddin, der Mafia und den Taliban waren immer fließend. Weder den ISAF-Staaten noch dem afghanischen Staat gelang es, die katastrophale ökonomische Lage des Landes zu verbessern. 70 Prozent, nach anderen Schätzungen sogar 90 Prozent der Afghan\*innen leben unterhalb der Armutsgrenze, neben der unaufhörlichen Gewalt stärkstes Motiv der seit Jahrzehnten ungebrochenen Migrationsbewegung. Rund 2,7 der ca. 38 Millionen Afghan\*innen leben außerhalb des Landes, allein 2019 verließen über 100.000 Menschen das Land, in dem 2,6

Millionen Menschen als Binnenvertriebene leben und weitere 5,2 Millionen über Migrationserfahrung verfügen.

Allerdings leidet Afghanistan nicht nur unter der Gewalt: es lebt von der Gewalt. Das stimmt zunächst unmittelbar für alle Angehörigen aller bewaffneten Kräfte. Deutlich wird auch das an der Talibanbewegung selbst. Obwohl ihr Rückgrat aus politisch hochmotivierten, militärisch zum Einsatz auf Leben und Tod bereiten Kadern besteht, setzt sich ein erheblicher Teil ihrer 70.000 Kämpfer\*innen aus Menschen zusammen, deren Zugehörigkeit zur Bewegung schlicht aus dem dafür ausbezahlten Einkommen resultiert. Bei den Angehörigen der Armee, der Polizei und der Mujaheddinmilizen war bzw. ist das nicht anders. Hinzu kommt die kriminelle Gewalt, vom Straßendiebstahl über das Entführungsgeschäft, von der alle sozialen Beziehungen durchherrschenden Korruption bis zur Drogenökonomie.

Von der Gewalt leben aber auch nahezu alle Verwaltungskräfte, weil die Verwaltung in Afghanistan zunächst und zumeist Gewaltverhältnisse reguliert. Das gilt schließlich irgendwie auch für die Afghan\*innen, die ihr Einkommen über Nicht-Regierungsorganisationen, also aus gewaltbedingten Zuflüssen der humanitären Hilfe beziehen: selbst da, wo sie die besten Absichten haben und eine gute Arbeit tun. Es gilt zuletzt für die Hilfsgelder selbst: auch sie finanzieren Gewaltverhältnisse. Für alle anderen Afghan\*innen, d.h. für die Mehrheit der Leute war niemals abzusehen, wie sie ökonomisch etwas anderes hätte werden können als Angehörige einer Überflussbevölkerung ohne irgend existenzsicherndes Einkommen. Das war schon 2001 so und war 2021 nicht anders.

## Weiter zurück

Der afghanische Konflikt war und ist ein postkolonialer Konflikt, er war ein Konflikt der Blockkonfrontation und er ist ein Konflikt des globalen Empires. Unterhalb der ideologischen Oberfläche, auf der sich historisch ein nationaler Modernisierungsfeudalismus,

ein an die Sowjetunion angelehnter nationaler Sozialismus und eine imperial eingesetzte nationale Demokratie ablösten, resultiert die afghanische Gewaltgeschichte aus einer Tiefengrammatik ethnisch-religiöser Spaltungen. Diese Grammatik selbst aber resultiert nicht einfach aus dem Faktum, dass auf dem afghanischen Territorium über zehn unterschiedliche ethnische Gruppen leben und an die 50 Sprachen gesprochen werden, die sich in noch einmal 200 Dialekte teilen. Ethnische, sprachliche und religiöse Vielfalt prägen das Land, das über Jahrhunderte Chorasán und dann Kabulistan genannt wurde, seit jeher. Sie war nie konfliktfrei, aber niemals so mörderisch wie im 19., 20. und 21. Jahrhundert: nicht einmal im Ansatz. Zur Tiefengrammatik der Gewalt wurde die ethnisch-religiöse Vielfalt erst, als sich der britische und gegen ihn der russische Kolonialismus der ganzen Region des persischen Imperiums zu bemächtigen suchten. Der Versuch scheiterte trotz mehrerer, mit äußerster Gewalt geführter Kriege. Dabei brannte die britische Armee im zweiten anglo-afghanischen Krieg die ganze Stadt Kabul nieder und setzte dann einen ersten von London abhängigen König ein. Das Scheitern des kolonialen Bemächtigungsversuchs hinterließ in dem erst seit dem 19. Jahrhundert „Afghanistan“ genannten Land allerdings das Projekt, dort einen „nationalen“, d.h. ethnisch-religiös majorisierten Staat zu schaffen. Die Karriere des Namens Afghanistan gibt den entscheidenden Fingerzeig: zunächst nur zur Benennung der Paschtun\*innen gebräuchlich, der zahlenmäßig größten ethnischen Gruppe, sollte er jetzt für das ganze Land und alle seine Bewohner\*innen stehen. Damit erst wurde die Gewalt freigesetzt, die heute in ihre nächste Runde geht.

### Ein weit reichendes Zwischenspiel

Zum Wendepunkt wurden schließlich die Siebziger Jahre. Ein Putsch in der Familie des Schah führte 1973 zur Gründung der ersten afghanischen Republik. 1978 folgte ihm der Putsch einer Gruppe junger, linksorientierter Offiziere, die der „Demokratischen Volkspartei Afghanistans“ nahestanden, einer kleinen marxistisch-leninistischen Organisation, die

1965 von 27 Leuten gegründet worden war. Schon damals war die Partei in zwei untergündig ebenfalls ethnisch bestimmte Flügel gespalten, die bald nur noch auf sowjetischen Druck kooperierten. Die neue Regierung forcierte die bereits von der gestürzten Monarchie betriebene Modernisierungspolitik und sah sich deshalb schon nach wenigen Monaten Widerständen gegenüber, die binnen eines Jahres zum Bürger\*innenkrieg eskalierten. Noch im selben Jahr intervenierte die sowjetische Armee, das Land wurde zu einem Hauptaustragungsort der West-Ost-Konfrontation. Dabei war die Niederlage der sowjetischen Streitkräfte 1989 ein wesentliches Moment der Niederlage des gesamten sowjetisch dominierten Blocks.

Unumgänglich ist die grobe Skizze dieses Zwischenspiels, weil sie erklärt, warum Gewalt und Elend auch in Afghanistan nicht zur Ausbildung oder gar Durchsetzung einer emanzipatorischen linken Option führten. Stattdessen hatte das Jahrzehnt der „Demokratischen Volksrepublik Afghanistan“ maßgeblichen Anteil daran, dass der religiös grundierte Faschismus nicht nur der Taliban zur entschiedensten globalen Herausforderung der herrschenden Weltordnung wurde.

### Provinz des Empire

Das Ende der Blockkonfrontation bestimmte auch die auf die Intervention von 2001 folgende Geschichte. Denn nach seinem Sieg über den sowjetisch dominierten Block glaubte der Block der westlichen Staaten an den Anbruch einer Weltordnung, in der das Menschenrecht, die Demokratie und der Kapitalismus auf immer zueinander finden würden: Nicht wenige sprachen damals vom „Ende der Geschichte“. Sollte die Globalisierung des Parlamentarismus dafür den politischen und die Globalisierung des Kapitals den ökonomischen Beweis liefern, sollten die Intervention in Afghanistan und die ihr folgende Intervention im Irak dafür den militärischen Beweis antreten. Sie sollten vollenden, was bereits mit der Intervention in den jugoslawischen Bürgerkrieg versucht worden war – auch er, wie der Afghanistan-Konflikt,

ein Moment der Passage von Blockkonfrontation zur neuen Weltordnung. Einig waren sich darin nicht nur die Regierungen, die sich an der ISAF-Mission und an der „Koalition der Willigen“ beteiligten. Unterstützung fand das Frieden schaffen auch mit Waffen in weiten Teilen der westlichen und der zumindest formell in den Westen aufgenommenen Gesellschaften, und das bis weit in deren damals ja zu Recht desorientierte Linke hinein.

In ihrem ein Jahr vor der Intervention in Afghanistan erschienenen Buch *Empire* hatten Toni Negri und Michael Hardt diese neue Weltordnung auch begrifflich in die Geschichte der großen Imperien zurückgestellt. Im ersten Schritt taten sie das mit der ganz schlichten Wendung, nach der „Empire als Untersuchungsfeld in erster Linie durch die simple Tatsache bestimmt (wird), dass es eine Weltordnung gibt.“ (*Empire. Die neue Weltordnung*, Hamburg 2002: 19). Im nächsten Schritt aber insistierten sie auf einer zweiten, nicht mehr ganz so simplen Tatsache. Ihr zufolge ist dem Empire die Krise keine vorübergehende, so bald als möglich zu beseitigende Beeinträchtigung oder Störung des Normalzustandes. Vielmehr ist die Krise nicht weniger als die „Norm“ imperialer Souveränität: sie ist selbst gar nichts anderes als ihr Normalzustand (ebd.: 214). Was das heißt, musste dann allerdings das Empire selbst und mussten wir alle in den folgenden Jahren erst lernen.

Die Beendigung der ISAF-Mission und die Rückgabe Afghanistans an die Taliban besiegeln diese Lehre. Damit ist nicht gesagt, dass das Land jetzt keine Provinz des Empire wäre. Im Gegenteil: Afghanistan wird wohl vorgeben, was in einer wachsenden Anzahl dieser Provinzen künftig der Fall sein wird. Auf den Punkt gebracht: Nicht überall auf der Welt werden das Menschenrecht, die Demokratie und der Kapitalismus zueinander finden. Mit dem Fortschritt vor allem, wenn auch nicht nur der ökologischen Krise werden immer mehr und immer größere Weltgegenden zu Regionen der Verwüstung werden, zu Regionen, die sich wenn überhaupt dann nur in einer Gewaltökonomie regulieren lassen.

Dazu aber braucht es weder Menschen- und Frauenrechtler\*innen noch Demokrat\*innen: dazu braucht es entschlossene Ordnungskräfte. Die Taliban sind eine solche Ordnungskraft. Das Regime Assads und das Erdogans sind auch solche Ordnungskräfte. Sie gleichen sich nicht in allem, doch im wesentlichen Zug ihres Handelns: sie beherrschen Verwüstungsregionen, in dem sie passende Systeme der Ein- und Ausschlüsse ihrer Bewohner\*innen wie der Bewohner\*innen angrenzender Gebiete durchsetzen und Zugänge zu verwertbaren Ressourcen gewähren. Mehr wird von ihnen nicht verlangt, dafür sind sie da. Dafür dürfen sie in flexibler Weise um die Gunst der einen oder der anderen großen Ordnungsmächte buhlen, deren Konkurrenz selbst Teil der Dauerkrise des Empire ist, dürfen ein bisschen oder auch stärker pro-russisch und pro-chinesisch sein, müssen sich darin aber stets auch mit den USA und Europa arrangieren.

### Wem gehört die Krise?

Dass die Krise die Norm und der Normalzustand des Empire ist, heißt nun aber nicht, dass das Empire seine Krise überlebt. Der Einsturz kann überall und jederzeit beginnen. Viel spricht dafür, dass der Planet selbst dafür sorgen wird: die Erde ist auf die Besiedelung durch menschliche Gesellschaften nicht angewiesen. Ob das Empire sich den religiösen Faschismus wirklich einverleiben kann oder ob er, befeuert durch den symbolischen Sieg der Taliban, zu dem „Außen“ wird, an dem das Empire dann doch Grenzen findet, ist noch auf längere Zeit offen. Zugleich sah sich die auf die Afghanistan-Intervention folgende Intervention in den Irak einer globalen Protestbewegung konfrontiert, die sie zwar nicht verhindern, ihr aber weithin die Legitimation rauben konnte. In den ihrer Verwüstung entgegertorkelnden Regionen der Welt reißt seit 2010 die Kette großer Aufstandsbewegungen nicht ab. Die Gegengewalt der Aufstände ist untergründig den Migrationsbewegungen verbunden, um deren Kontrolle das Empire noch immer vergeblich ringt: ob das Talibanregime diejenigen aufhalten kann, die Afghanistan morgen noch zahlreicher als heute

verlassen wollen, ist noch lange nicht entschieden. Nicht zuletzt hängt die Zukunft des Empire aber auch an dem Moment der afghanischen Geschichte, von dem hier noch gar die Rede war. Obwohl das Versprechen der Interventionsmächte, dem Land das Menschenrecht, die Demokratie und die Gleichheit der Geschlechter zu bringen, immer schon hohl war und immer weiter ausgehöhlt wurde, haben Zehntausende Afghan\*innen diese Versprechen in ihre eigenen Hände genommen. Sie sind es in erster Linie, die schändlich preisgegeben, deren jahrelange Arbeit, deren ganzes Leben verraten wurde. Im Moment wollen die meisten von ihnen nur raus, und sie haben dazu jedes Recht. Doch werden sie ihre Leben dorthin mitnehmen, wo sie jetzt versuchen müssen, neu anzufangen. Menschen wie sie gibt es überall, in den von der Verwüstung bedrohten Weltgegenden und in den Gegenden der Welt, die Kernländer des Empire sind. Im Blick auf die jetzt aus Afghanistan fliehenden und auf die Menschen, die zuvor schon aus Syrien geflohen sind, sagen alle Ordnungskräfte: „2015 darf sich nicht wiederholen!“ Halten wir dem entgegen, dass unsere erste Aufgabe hier und heute darin besteht, alles dafür zu tun, dass sich wiederholt, was 2015 ein erster Anfang war. Dann sehen wir weiter. ■

## VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



Hendrik Wallat  
**Politischer Marxismus**  
 Ellen M. Woods Beitrag zur  
 Aktualisierung des  
 historischen Materialismus

2021 – 231 Seiten – 28,00 €  
 ISBN 978-3-89691-063-3

Peter Bescherer / Anne  
 Burkhardt / Robert Feustel /  
 Gisela Mackenroth / Luzia Sievi  
**Urbane Konflikte und die  
 Krise der Demokratie**  
 Stadtentwicklung, Rechtsruck und  
 Soziale Bewegungen

(Raumproduktionen: Theorie und  
 gesellschaftliche Praxis, Band 36)

2021 – 246 Seiten – 28,00 €  
 ISBN 978-3-89691-057-8

Jan Grossarth  
**Heiligenleuchten**  
 Erkundungen (2008 – 2019)

2021 – 170 Seiten – 18,00 €  
 ISBN 978-3-89691-062-2

Alle Titel des Verlags sind in der  
 Schweiz beim Balmer Bücherdienst  
 – [www.balmer-bd.ch](http://www.balmer-bd.ch) – erhältlich.

[WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE](http://WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE)

